



# INFOMAIL

Berliner Politik aus Sicht Ihres Wahlkreisabgeordneten in Karlsruhe-Land

Freitag 28. September 2018

Band 12, Ausgabe 15

## Themen

Deutsche Einheit

Gesundheit

Diesel

Politik und Werte

**«Das ist ein Signal der Erneuerung. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit Herrn Brinkhaus.»**

(Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführers Oliver Zander zum unerwarteten Wechsel an der Spitze der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)

## In dieser Ausgabe:

Christliches Menschenbild und Politik 2

Diese: Wie geht es weiter? 2

Baukindergeld stärkt junge Familien 3

Pflegepersonalstärkungsgesetz 3

GKV-Versichertenentlastungsgesetz 3

Deutsche Einheit 4

## Ralph Brinkhaus ist neuer Fraktionsvorsitzender

Wir müssen aufpassen, dass Gruppierungen von rechts außen und von links außen in Deutschland nicht überhand nehmen. In Teilen der „neuen Bundesländer“ kommen Linke und AFD zusammen auf über 50 Prozent. Beide brauchen wir nicht. Und eine gemeinsame Front dieser beiden gegen die Mitte unserer Gesellschaft brauchen wir erst recht nicht. Es reicht, dass eine solche quasi Linke/AFD-Koalition aus Links- und Rechtspopulisten derzeit in Griechenland regiert.

Stattdessen brauchen wir ein frisches Engagement all derer, denen etwas an unserem Land und an unserer Gesellschaft liegt.

Vor diesem herausfordernden Hintergrund haben wir in der vergangenen Sitzungswoche turnusgemäß unseren Fraktionsvorstand gewählt. Zur Wahl von Ralph Brinkhaus mit 125 Stimmen zum Vorsitzenden der Unionsbundestagsfraktion gratuliere ich ihm herzlich. Mit Ralph

Brinkhaus ist ein ausgesprochen versierter Finanz- und Haushaltspolitiker zum neuen Fraktionsvorsitzenden



gewählt worden. Da die Fraktion fast den gesamten Fraktionsvorstand wiedergewählt hat, ist insgesamt Kontinuität in der Fraktionsarbeit zu erwarten.

Gleichzeitig danke ich Volker Kauder, der 112 Stimmen auf sich vereinen konnte, für seine herausragenden Leistungen im Amt des Fraktionsvorsitzenden, welches er 13 Jahre lang innehatte.

Die Wahl ist ein Signal des Aufbruchs. Ich habe das Gefühl, dass es vielerorts ein Aufatmen gibt: Da ist die Hoffnung, dass jetzt Bewegung in eine als bürgernah und festgefahren empfundene, für viele Menschen teilweise völlig unverständliche Regierungspolitik kommt.

Die Unzufriedenheit mit dem Regierungsmanagement ist deutlich spürbar. Der Fall Maaßen und der Streit der letzten Wochen sind nur das Tüpfelchen auf dem i. Die Fraktionsmitglieder haben mehrheitlich für eine stärkere Rolle der Unionsbundestagsfraktion gestimmt. Es geht uns darum, Wege zu beschreiten, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Wir müssen die aktuell brennendsten Probleme unserer Bürger beseitigen bzw. endlich glaubhaft angehen.

Bei Volker Kauder war die Nähe zu Politik und Mitgliedern unserer derzeitigen Bundesregierung anscheinend zu groß, als dass ihm die Mehrheit der Kollegen eine solche Rolle zukünftig zugetraut hätten. Als langjährigem und verdienten Fraktionsvorsitzenden hätte ich mir für Volker Kauder einen besseren Abschied vom Amt gewünscht. Er hat großen Anteil am politischen Erfolg der Union und er stand stets für Verlässlichkeit in der Unionspolitik.

## Christliches Menschenbild und Politik

Die Christlich Demokratische Union reklamiert nicht christliche Werte oder gar christliche Politik für sich. Das ist jeweils auch eine ganz persönliche Angelegenheit. Aber das christliche Bild vom Menschen soll Maßstab sein für politisches Handeln. Daran wird gemeinsam gearbeitet, unabhängig davon, ob jemand die Glaubensbasis teilt oder nicht. Hier ganz kurz drei wesentliche Elemente des christlichen Bilds vom Menschen:

### Jeder Mensch hat die gleiche Würde

Alle Menschen als Geschöpfe Gottes haben die gleiche Würde, völlig unabhängig von ihrem jeweiligen Beitrag für die Gesellschaft, ihrem Wohlstand, ihrer Gesundheit, Alter oder was auch immer. Das gebietet Fürsorge für diejenigen, die sich nicht selbst helfen können, auch am Anfang und am Ende des Lebens.

### Jeder Mensch mit eigener Freiheit

Nach christlichem Verständnis muss und darf jeder über seinen Glauben und damit in der wichtigsten Frage seines Lebens selbst entscheiden. Das kann kein anderer tun. Dann doch bitte nicht zu viel staatliche Reglementierung in weniger wichtigen Fragen des Lebens. Freiheit heißt aber auch, die Folgen seiner Entscheidungen selbst zu tragen und Verantwortung dafür zu übernehmen.

### Der Mensch ist unvollkommen

Linke Ideologen wollen die Menschen mit aller Gewalt so lange biegen, bis sie in ihr Konzept passen und die Gesellschaft dann endlich gut sei

und funktioniere. Das ist aber Unfug und hat nur zu menschenverachtenden Diktaturen von der Sowjetunion über die DDR bis nach Nordkorea geführt. Statt dessen brauchen wir eine Gesellschaft, die mit den tatsächlich existierenden, frei entscheidenden und unvollkommenen Menschen funktioniert. Soziale Marktwirtschaft, Gewaltenteilung und auch Demokratie insgesamt machen das möglich.

### Entscheidungen trotzdem schwer

In unserer komplexen Welt ist es dann aber trotzdem schwer, bei einzelnen Fragen anhand dieses Maßstabs zu einer konkreten Lösung zu kommen. Oft muss man auch aushalten, dass trotz gleicher Grundwerte die Menschen zu ganz unterschiedlichen Meinungen kommen. Genau diese Diskussion macht das Leben einer demokratischen Partei aus.



## Diesel: Wie geht es weiter?

Wir können die Dieselpesitzer nicht allein lassen. Wir wollen Fahrverbote in den Innenstädten vermeiden. Wir wollen, dass die Automobilhersteller ihren Teil der Verantwortung tragen. Wir stehen zur Automobilindustrie in unserem Land. Allerdings sollte die Branche insgesamt verbraucherorientierter auftreten. Das gilt vor allem für die Hersteller, denen Abgasmanipulationen zur Last gelegt werden.



Es ist nach wie vor keine zufriedenstellende Lösung in Sicht. In erster Linie ist jedoch die Autobranche am Zug.

Dabei darf die Frage der Abgasmanipulationen nicht mit der Frage von Fahrverboten vermischt werden. Fahrverbote können auch rechtmäßig zugelassene Dieselfahrzeuge treffen. Es ist die Summe an Stickstoffdioxid-Emissionen (NO<sub>2</sub>) einzelner PKW, welche die Grenzwertüberschreitungen verursachen.

Viel wäre schon geholfen, wenn die zuständigen Behörden neue Luftreinhaltepläne erarbeiten würden. Denn in vielen Bereichen ist die Luft besser geworden. Die neuen Daten sind aber noch nicht in die Luftreinhaltepläne eingeflossen.

Die Hardware-Nachrüstung ist auch keine Patentlösung, weil viele Fahrzeuge nicht nachrüstbar sind. Zur Erarbeitung eines Lösungskonzepts werden die derzeit laufenden Gespräche zwischen Koalition, Bundesregierung und Automobilindustrie intensiv fortgesetzt..

## Baukindergeld stärkt junge Familien

Im Koalitionsvertrag war es bereits vereinbart, jetzt wird das Baukindergeld eingeführt. Zwischenzeitlich hatte unser Koalitionspartner dafür eine Begrenzung der Wohnfläche



gefordert und damit die Menschen verunsichert. Auch im Landkreis Karlsruhe, wo es teilweise größere Wohnun-

gen bzw. Häuser gibt, wären Viele von einer Förderung ausgeschlossen worden. Jetzt ist klar: Es gibt keine Wohnflächenbegrenzung. Wer im Zeitraum vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2020 eine Immobilie (Neubau oder Bestand) baut oder kauft, bekommt für 10 Jahre ein Baukindergeld in Höhe von 1.200 Euro pro Kind und Jahr.

Das gilt für Familien mit bis zu 75.000 Euro zu versteuerndem Jahreseinkommen zuzüglich 15.000 Euro pro Kind. Damit ist das Baukindergeld eine erhebliche Hilfe bei der Bildung von Wohneigentum: Eine Familie mit zwei Kindern erhält bereits 24.000 Euro innerhalb dieser 10 Jahre. Das Baukindergeld ist ein Förderprogramm der KfW, die jetzt alles vorbereitet, damit Anträge gestellt werden können, auch rückwirkend ab Januar 2018.

## Pflegepersonalstärkungsgesetz

Wir haben diese Woche in erster Lesung eine Initiative der Bundesregierung zur Stärkung des Pflegepersonals beraten.

Für den Krankenhausbereich soll künftig jede zusätzliche und jede aufgestockte Pflegestelle finanziert werden. Gleichzeitig sollen künftige Tarifsteigerungen



Quelle: Deutscher Bundestag

ziert und eine separate Pflegepersonalkostenvergütung eingeführt werden.

Ab dem Jahr 2019 steht ein Finanzvolumen von bis zu 4 Milliarden Euro für den Ausbau des Krankenhausbaustrukturfonds bereit, mit dem künftige wichtige Strukturentscheidungen unterstützt werden können.

Darüber hinaus sieht der Gesetzesentwurf die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Krankenhäusern vor. Im Bereich der Altenpflege ist die Schaffung 13.000 neuer Stellen vorgesehen. Weiterhin sind Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie geplant sowie eine verbesserte Kommunikation zwischen Ärzten und Pflegeheimen.

## GKV-Versichertenentlastungsgesetz

Wir beraten in erster Lesung einen Gesetzesentwurf zur paritätischen Finanzierung des bisherigen Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung. Ab dem 1. Januar 2019 wird der Beitrag zur Krankenversicherung damit wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt. Dadurch müssen Arbeitnehmer monatlich bis zu 38 Euro weniger Beiträge zahlen. Kassenreserven werden abgebaut. Der monatliche Mindestbeitrag zur Kasse für Kleinselb-

ständige wird auf 171 Euro halbiert. Weiterhin wird etwa die Mindestbeitragsbemessungsgrundlage für hauptberuflich Selbstständige – wie im Koalitionsvertrag vereinbart – halbiert.

Finanzreserven der Krankenkassen sollen zur Entlastung der Beitragszahler in Form der Stabilisierung oder Senkung der Zusatzbeiträge zurückgeführt werden.



Insgesamt werden die Beitragszahler um rund 8 Mrd. Euro jährlich entlastet – besonders Selbstständige mit geringem Einkommen. Bei den Krankenkassen sorgen wir außerdem für mehr Wettbewerb, denn dieser soll nicht mehr länger dadurch verzerrt werden, dass einige Krankenkassen zu viele Finanzreserven angehäuft haben.



**AXEL E. FISCHER**  
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: 030-227-73790  
Fax: 030-227-76677  
E-Mail: axel.fischer@bundestag.de

**«Wer die Party gemacht hat, muss auch aufräumen. So einfach ist das.»**

(Der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA), Karl-Josef Laumann, fordert am Samstag Hardware-Nachrüstungen für alte Dieselwagen auf Kosten der Autokonzerne)

## Deutsche Einheit

In der nächsten Woche feiern wir 28 Jahre Deutsche Einheit und damit die Einheit unseres Vaterlandes. Wir haben Grund genug, mit Stolz auf das seither Erreichte zurückzublicken. Dafür haben Helmut Kohl und Angela Merkel als Bundeskanzler, viele Ministerpräsidenten der Union und viele Kommunalpolitiker der CDU in den ostdeutschen Ländern gesorgt – mit tatkräftiger Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger.

Der aktuelle Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit zeigt eindrucksvoll, wie viel die Menschen in Deutschland seit dem Mauerfall und dem 3. Oktober 1990 erreicht haben. Dank des solidarischen Zusammenstehens der Deutschen in Ost und West sind viele der Folgen der SED-Diktatur inzwischen überwunden oder abgemildert. Nicht zuletzt ist ein großer Erfolg, dass die Beschäftigung nun auch in den neuen Ländern stark zunimmt – inzwischen ist die Arbeitslosigkeit hier auf den Stand von 6,8 Prozent gesunken, nach 18,7 Prozent im Jahr 2005.

Mit einer großen nationalen Anstrengung wurden seit 1990 Städte vor dem Zerfall gerettet, Umweltprobleme in

den Griff bekommen und eine moderne Infrastruktur geschaffen.



Zwar bleibt noch immer einiges zu tun. Es könnte darum gehen, mit gezielten Investitionen in die Forschungslandschaft, in den Mittelstand und allgemein in die Wettbewerbsfähigkeit, bestehende Unterschiede zwischen West und Ost zu nivellieren - aber das Einigungsprojekt Deutschland steht kurz vor dem Abschluss: Der Aufbau Ost soll mit dem Ende des Solidarpakt II 2019 abgeschlossen sein.

Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten die Lebensleistung der Menschen in den neuen Ländern mit den sozialversicherungsrechtlichen Änderungen im Zuge der Deutschen Einheit gewürdigt und materiell großzügig belohnt. Deshalb ist die Ungleichheit zwischen den betroffenen Regionen in Deutschland stark zurückgegangen, übertreffen viele Regionen in den neuen Ländern

Problemregionen Westdeutschlands, wie das einst reiche Ruhrgebiet, mittlerweile in Einkommen und Wohlstand. Diese Erfolge sowie die damit einhergehenden Änderungen der regionalen wirtschaftlichen Verhältnisse wie auch der Entstehung neuer Problemkonstellationen jenseits des Ost-West-Denkens sollten wir alle uns dringend - in Ost wie in West - mehr bewusst machen.

So wichtig wie die Überwindung der materiellen Folgen der vielfachen Misswirtschaft in der DDR ist für uns in der Union die Aufarbeitung des Unrechts, das Menschen unter der SED-Herrschaft erdulden mussten. Mit uns wird es auch in den nächsten Jahren kein „Schwamm drüber“ geben. So wie die Union für die dauerhafte Unterstützung etwa der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen steht, so deutlich tritt sie auch für die Belange der Opfer des Unrechts ein, wie sich auch in der neuen Initiative unserer Fraktion zur Aufarbeitung des Zwangsadoptionswesens in der DDR zeigt. Angesichts der Tatsache, dass die Herrschaft der SED inzwischen schamlos verharmlost und die Erinnerung an den Herbst 1989 unverfroren für schale Ziele missbraucht wird, werben wir für eine intensivere Beschäftigung mit der zweiten deutschen Diktatur.